

nicht durchdrücken können, daß die sogenannten Sozialrenten heute nicht mehr in der Höhe bezahlt werden, wie sie bezahlt werden müßten.

Wenn der Genosse *Schumacher* von der gleichen Armut für alle sprach, die dem deutschen Volke im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich beschert werden müßte, so müßten wir das vor allen Dingen berücksichtigen. Ich habe nicht vor, irgendwelche Spitzen gegen die Beamten vorzubringen, aber das eine müßten wir uns merken, nämlich daß das ein vordringliches Problem ist, hier so schnell wie möglich einen Ausgleich zu schaffen. Denn die Frauen schreiben das ihren Männern in die Gefangenschaft, und wenn die Männer zurückkommen, werden sie sich darüber wundern, was wir hier in Deutschland für Verhältnisse haben. Es geht nicht an, daß der eine Teil heute gar nichts mehr hat und der andere Teil alles. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Die Diskussion ist geschlossen. Der Genosse *Nevermann* verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung. Es liegt zunächst der Antrag des Berichterstatters vor, der Entwurf eines sozialpolitischen Programms. Der Antrag ist nicht vervielfältigt. Ich lese ihn deshalb noch einmal vor:

1. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programms wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen überwiesen.

2. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogramms auszuarbeiten.

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Dann hat der Genosse *Nevermann* als Referent im Einvernehmen mit dem Parteivorstand vorgeschlagen, die Anträge 31, 32, 33 und 34 dem sozialpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. Wer für die Annahme dieses Vorschlages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Weiter schlagen wir in Abänderung des Antrages des Berichterstatters, aber im Einvernehmen mit ihm, vor, die Anträge 35 und 36 nicht dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen, sondern hier anzunehmen. Wer dafür ist, daß diese beiden Anträge angenommen werden, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch das ist einstimmig beschlossen.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt, und wir kommen jetzt zum Punkt 7 der Tagesordnung:

### Sonstige Anträge

Ich schlage vor, daß wir mit der Beratung des Antrages Nr. 52 in der Vorlage Nr. 12 beginnen, der sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt, und ich bitte den Genossen *Ernst Herder*, Regensburg, dazu das Wort zu nehmen.

*Helmut Herder*, Regensburg: Genossinnen und Genossen! Der Parteitag in Hannover vom Jahre 1946 hat in der einstimmigen Annahme der Resolution, die sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt hat, den Flüchtlingen das Versprechen abgegeben, ihnen zu helfen, und der Parteitag heute hat nun das Recht und die Pflicht, zu untersuchen, ob und inwieweit dieses Versprechen in der Zwischenzeit wahrgemacht worden ist.

Ich darf zunächst auf etwas kommen, was die Flüchtlinge ja ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Einstellung und Bindung berührt. Das ist die Grenzfrage im Osten Deutschlands, und ich darf dem Genossen *Schumacher* von dieser Stelle aus für die Haltung danken, die er in dieser Frage eingenommen hat. Denn von dieser Haltung sind die Flüchtlinge unmittelbar am meisten berührt worden. (Beifall.)

Wir Flüchtlinge, soweit wir sozialdemokratisch organisiert sind, beabsichtigen nicht, innerhalb der Partei eine besondere Partei oder Gruppe zu bilden. Das lehnen wir ab. Wir verlangen auch nicht besondere Privilegien. Aber wir glauben, daß die besonders prekäre Lage der Flüchtlinge, die man ja zusammengefaßt als Flüchtlingsproblem bezeichnet, auch besondere Maßnahmen erforderlich macht. In Ausführung des vorjährigen Beschlusses hat nun der Parteivorstand durch Errichtung eines besonderen Flüchtlingsreferats dem Flüchtlingsproblem seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und durch Ernennung unseres Genossen Zimmer zum Flüchtlingsreferenten eine Stelle geschaffen, in der alles zentral zusammenläuft, was mit diesem Problem im Zusammenhang steht.

Genossen, was die Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat wollen, ist Gleichberechtigung. Diese Gleichberechtigung mit der einheimischen Bevölkerung ist der Ausgangspunkt für ihre Eingliederung, die ja im letzten das Ziel aller Maßnahmen auf dem Flüchtlingssektor überhaupt sein muß. Wir haben zu untersuchen, was in dieser Richtung hin bisher geschehen ist.

Wir haben im Juni dieses Jahres eine Zusammenkunft der Flüchtlingsvertreter der Sozialdemokratie aus den drei westlichen Zonen gehabt und haben dabei feststellen können, daß auf diesem Gebiet schon sehr Erhebliches geleistet worden ist. Wir haben weiter feststellen können, daß gerade in Bayern dank der Initiative der deutschen sozialdemokratischen Flüchtlinge auf gesetzgeberischem Gebiet und auf dem Gebiete der Verordnung Maßnahmen zugunsten der Flüchtlinge getroffen worden sind, die die Anerkennung des Flüchtlingsbeirates der Partei gefunden haben, indem man sie als Grundlage und als Richtschnur dafür angesprochen hat, dem Flüchtlingsproblem auf gesetzgeberischem Wege zentral praktisch zu begegnen. Auf dieser Konferenz des Flüchtlingsbeirates ist auch die Entschließung entstanden, die Ihnen in dem Antrag 52 zur Vorlage Nr. 12 gedruckt vorliegt. Dort ist gefordert worden, daß zunächst die organisatorischen Vorarbeiten für die Flüchtlingsarbeit, soweit die Partei dafür in Frage kommt, geschaffen werden müssen. Der Parteivorstand hält es für notwendig, die Bezirke aufzufordern, einen besonderen besoldeten Flüchtlingsreferenten zu bestellen, um bezirksmäßig die Arbeiten zu leisten, denn der Parteivorstand steht auf dem Standpunkt, daß das Schwergewicht dieser Arbeit gerade in den Bezirken liegt und nur durch die Bestellung eines besonderen Referenten, der mit dieser Aufgabe betraut ist, gemeistert werden kann. Darüber hinaus glaubt der Parteivorstand, daß eine Notwendigkeit besteht, ein zentrales Flüchtlingsamt für das ganze Deutsche Reich zu schaffen als Ausgleichsstelle und Aufgangsstelle für alles, was zum Beispiel mit der Familienzusammenführung im Zusammenhang steht, was mit dem Arbeitsausgleich im Zusammenhang steht und vor allem mit der Notwendigkeit der gebietsmäßigen Verteilung der Flüchtlinge.

Wir müssen hierbei feststellen, daß zum Beispiel in der französischen Zone durch die Haltung der dortigen Besatzungsmacht bisher nur sehr wenige Flüchtlinge aufgenommen worden sind, ein Zustand, der ganz naturgemäß dazu geführt hat, daß die übrigen Zonen überbelegt sind. Wenn wir berücksichtigen, daß in Zukunft noch mit einem weiteren Zustrom von Flüchtlingen zu rechnen sein wird, dann besteht die Notwendigkeit, auch in der französischen Zone Flüchtlinge unterzubringen.

Ich möchte von dieser Stelle aus an den Kontrollrat die dringende Bitte richten, diesem Problem größte Aufmerksamkeit zu schenken, wenn er praktisch einen Beitrag zur Lösung dieses Problems in diesem speziellen Punkt überhaupt leisten will.

Genossen, etwas, was als die zweite Phase des Flüchtlingsproblems schon alsbald akut werden wird und was ein wichtiges Problem der sozialdemokratischen Politik überhaupt berührt, das ist der Lastenausgleich, an dem diejenigen, die nicht nur ihr materielle Existenz, sondern auch ihre Heimat verloren haben — und das sind die Ausgewiesenen, die Flüchtlinge —, besonders interessiert sind. Heute weiß der überwiegende Teil aller Ausgewiesenen, daß dieser Lastenausgleich nur auf sozialistischem Wege gelöst werden kann, und die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge weiß heute schon, daß nur eine starke Sozialdemokratie eine derartige

Lösung herbeizuführen in der Lage ist. Und weil das so ist, deshalb erwachsen der Partei gerade auf diesem Gebiet Verpflichtungen, die unbedingt eingehalten und eingelöst werden müssen.

Die Notwendigkeit eines sozialistischen Lastenausgleichs ist bereits auf dem Parteitag hier betont worden. Ich kann es mir ersparen, dazu weitere Ausführungen zu machen. Wir müssen alle Anstrengungen machen, um das Flüchtlingsproblem als solches so schnell wie möglich zu überwinden. Man hat auch schon auf diesem Parteitag gesagt, daß es nicht möglich ist, dieses Problem ohne internationale Hilfe zu lösen. Jawohl, das ist richtig. Aber wir als Deutsche haben die Pflicht, zunächst im eigenen Lande unsere eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen, die dazu führen könnten, das Problem wenigstens zum großen Teil einer Lösung zuzuführen. Dazu ist es notwendig, daß sich alle Genossen aktiv und positiv der Lösung dieses Problems gegenüber einstellen. Wir haben in der Entschliebung, die Ihnen vorliegt, aus sehr guten Gründen einen Appell an die Genossen gerichtet, die in verantwortlicher Stelle, sei es in den Länderregierungen, sei es in den Kommunalverwaltungen, stehen und mit diesen Dingen täglich praktisch zu tun haben, daß sie sich nicht den Notwendigkeiten verschließen, die das Flüchtlingsproblem mit sich bringt, und daß gerade sie es sein müßten, die mit besonderem Beispiel bei der praktischen Lösung des Einzelfalles vorangehen sollten.

Ich darf mit der Bitte schließen, daß die gesamte Partei, so wie sie es bisher getan hat, auch in Zukunft den Flüchtlingen die Unterstützung gibt, die notwendig ist, damit die Flüchtlinge sich in ihrer neuen Heimat so, schnell wie möglich als gleichberechtigte Menschen eingegliedert sehen und ihre neue Existenz finden werden. (Beifall.)

*Anni Krahnstöver, Kiel:* Genossen und Genossinnen! In einer der Zeitungen, die uns in diesen Tagen in die Hände gegeben worden sind, war ein Bericht über das Gebiet, wo es in Deutschland am engsten ist, und das ist das Gebiet, wo die Flüchtlingsnot so groß ist, daß wir nicht wissen, wie wir Ihrer Herr werden sollen, nämlich in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein kommen auf sieben Einwohner sechs Flüchtlinge. Das ist eine Not, von der sich kaum ein Mensch eine Vorstellung machen kann. Wir haben auf den Friesischen Inseln Zehntausende von Menschen, die in der allerprimitivsten Weise leben, Menschen, die seit mehr als zwei Jahren in kein Bett mehr gekommen sind, Menschen, die nicht mehr von einem Teller gegessen und aus keiner Tasse getrunken haben, und wir haben keine Möglichkeit, um ihnen in ihrer materiellen Not zu helfen, weil wir keine Industrie haben. Wir haben keine Porzellanfabriken, wir haben keine Wälder, um Betten anfertigen zu können. Uns bleibt nur übrig, den dringenden Appell an alle unsere Genossen in allen Ländern zu richten: Helft uns dadurch, daß wir durch einen Bevölkerungsausgleich diese Not in gewisser Weise lindern!

Wir wissen, daß der Wohnraum überall sehr beengt ist. Aber glaubt bitte nicht, daß wir nicht auch zerstörte Städte haben. In Kiel ist die Wohnungsnot genau so groß wie in Neumünster. Die Menschen, die dort hoffnungslos und verzweifelt leben, haben ihre ganze Hoffnung auf die Sozialdemokratische Partei gesetzt, weil sie glauben, daß das die Partei ist, die sich ihrer Not am vorzüglichsten annimmt. Sie hoffen ja alle, noch einmal wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können (Beifall), und wir haben uns gefreut, daß der Genosse *Schumacher* diese Forderung auch in seinem Referat wieder erhoben und bekräftigt hat.

Aber solange diese Menschen nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen wir dafür sorgen, daß sie ein erträgliches Leben haben, und unser Appell geht dahin, durch Erleichterung von Zugangsgenehmigungen und durch alle möglichen Hilfsmaßnahmen uns zu helfen, dieser Not Herr zu werden. Genossen und Genossinnen, es ist nicht nur ein soziales, ein charitatives Problem, sondern es ist ein eminent politisches Problem. Diese Menschen in ihrer Verzweiflung, in ihrer Verelendung, neigen nämlich dazu, zu radikalisieren, und sie gehen eines Tages wieder in die nationalistischen Parteien oder Verbände oder sie gehen in die ganz radikale Linke Richtung, wenn es uns nicht gelingt, ihnen aus ihrer Not und Verzweiflung zu

helfen. Ich habe mich hier als Flüchtling zum Anwalt für diese bedrängten Menschen gemacht, und ich hoffe, daß der Parteitag diesen Appell so versteht und uns in unserer bedrängten Lage helfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 52. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen 27, 28, 29 und 30. Die Hamburger Genossen, die den Antrag 27 eingebracht haben, verzichten auf eine Begründung ihrer Sache, weil sie überzeugt sind, daß der Parteitag mit der Tendenz dieses Antrages einverstanden ist.

Zum Antrag 29 wird das Wort gewünscht vom Genossen Karl Bruns aus Osterode.

Karl Bruns, Osterode: Genossinnen und Genossen! Der Antrag 29 entspringt einer Sorge, die wir seit längerer Zeit um den Fortbestand des demokratischen Gedankens hegen. Ich komme aus dem Grenzkreis Osterode, jenem Kreis, der vor 14 Tagen durch einen Bericht des Polizeihauptausschusses davon Kenntnis erhielt, daß die dortige Polizei zu über 60 Prozent aus Offizieren besteht (hörtl! hörtl!) und nur der Rest sich aus einem Mannschaftsbestand zusammensetzt. Wer darüber hinaus die Psyche der dort stationierten Polizeikräfte studiert, wird zu sehr eigenartigen Schlußfolgerungen gelangen. Aus diesem Grunde bitten wir, diesen Antrag 29 gesondert anzunehmen und ihn einer besonderen Arbeit unterziehen zu lassen.

Ich verweise auf die Verhältnisse, die sich vor wenigen Monaten in Hannover ereignet hatten, als auch dort mit energischer Hand eingegriffen wurde und der Beweß unserer Vermutungen erbracht war. Wir müssen gerade in der Frage der Polizei die Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Alle unsere Auseinandersetzungen hier auf dem Parteitag über die legislativen Pflichten und Rechte sind hinfällig, wenn sie nicht durch eine besonders gut fundierte demokratische Exekutive ergänzt werden. (Beifall.) Wir werden es erleben können, daß, wenn wir nicht mit ganz besonderer Aufmerksamkeit gerade die Polizei entwickeln, dann alle unsere Arbeit, all unser guter Wille, all unsere Tätigkeit und auch das Schicksal all der vielen kleinen Funktionäre bedenklich erschüttert werden könnte. Darum bitte ich Euch, den Antrag 29 gesondert anzunehmen, und den Parteivorstand bitte ich, diese Frage mit besonderer Aufmerksamkeit zu untersuchen. (Beifall.)

Vorsitzender Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Der Vorschlag des Parteivorstandes geht dahin, den Antrag 27 anzunehmen. In diesem Antrag 27 wird die Demokratisierung der Verwaltung im allgemeinen gefordert. Wir halten es für richtig, es bei dieser allgemeinen Entschließung zu belassen und nicht einzelne Gebiete der Verwaltung durch besondere Entschließungen besonders zu behandeln. Wir hatten mit dem Genossen Bruns verabredet, daß er den Antrag 29 hier begründet, damit sein Hinweis auf die besondere Situation der Polizei in den Ländern der britischen Zone ins Protokoll kommt und der Parteivorstand veranlaßt werden kann, an die Länderregierungen in der britischen Zone in der Richtung dieses Antrages heranzutreten. Ich möchte an dem Vorschlag des Parteivorstandes festhalten, der dahin geht, den Antrag 27 anzunehmen und die Anträge 28 bis 30 dadurch als erledigt zu betrachten, daß der Antrag 29 der besonderen Beachtung des Parteivorstandes empfohlen wird, mit der Maßgabe, den Inhalt dieses Antrages den sozialdemokratischen Fraktionen und Ministern, vor allem in der britischen Zone, zur Kenntnis zu bringen. (Zuruf: Das gilt für Antrag 30 auch!) — Jawohl, Entschuldigung, einschließlich 30. — Ist der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 27. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist so beschlossen.

Dann schlage ich vor, daß wir Stellung nehmen zu dem Antrag 37 in der Vorlage Nr. 4. Ich möchte dazu folgende Erklärung im Einvernehmen mit den Antragstellern abgeben:

Über die Stellung der Partei und den Beschluß des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur VVN haben die an dieser Frage besonders interessierten Genossinnen und Genossen des Parteitages während des Parteitages ausführliche Besprechungen gehabt. Alle Beteiligten, einschließlich der Antragsteller, schlagen vor, von einer öffentlichen Diskussion dieses Problems auf dem Parteitag abzusehen, aber den Antrag 37 dem Parteivorstand zu überweisen mit der Abmachung, daß in allernächster Zeit unter Führung des Parteivorstandes eine Sonderkonferenz der an dieser Frage besonders interessierten Genossinnen und Genossen stattfindet, damit wir uns da mit den durch unsere Beschlüsse und die Aktivität der VVN entstandenen Problemen auseinandersetzen können. Es ist unser Wunsch, daß wir in dieser Frage zu einer Entscheidung kommen, die von allen Genossen und Genossinnen der Partei als richtig und begründet anerkannt wird.

Sind die Genossen damit einverstanden, daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand unter Hinweis auf die Erklärung, die ich hier abgegeben habe, überweisen? — Ich höre keinen Widerspruch. Stimmen wir darüber ab. Wer ist für die Überweisung dieses Antrags? — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Es kommt jetzt, so schlage ich vor, der Antrag 38. Zu diesem Antrag wünscht der Genosse *Wilhelm Ruhnke*, Hildesheim, das Wort.

*Wilhelm Ruhnke*, Hildesheim: Die Entnazifizierung befindet sich im Augenblick in einer absoluten Krisis (sehr richtig), und unser Antrag ist durchaus nicht etwa eine lokale Erscheinung. (Zuruf: Leider!) Die Ergebnisse der Entnazifizierung sind bereits ein Schöpfbrunnen reaktionärer Kreise geworden. (Sehr richtig!) Wir haben ein großes Interesse daran, uns eingehend mit dieser Frage zu befassen, und aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag gestellt. Wenn englische Lagerurteile absolut aktive Nazis freisprechen und die deutschen Ausschüsse dagegen die Treppenläufer aus Lohn und Brot bringen, so ist es die höchste Zeit, daß nun die Sozialdemokratische Partei zu dieser Frage Stellung nimmt. Wir müssen auch weiter bedenken, daß die Entnazifizierung, geschichtlich gesehen, einstmals der Sozialdemokratischen Partei zum Vorwurf gemacht werden kann, wie sie in der britischen Zone gehandhabt wird. Die Entnazifizierung bietet heute schon reichlichen Stoff für Witzblätter. Wenn eine Persönlichkeit, ein Steigbügelhalter der Nazis, ein Hugenberg, heute bereits an die offene Tür der Minderbelasteten klopft, so sehen wir, wie weit wir in der Entnazifizierung gekommen sind. Aus diesem Grunde bitten wir, unseren Antrag anzunehmen, daß unsere Genossen aus den Ausschüssen in der britischen Zone herausgezogen werden, damit wir uns nicht mitschuldig machen an den Folgen, die wir später einmal zu tragen haben müssen. (Sehr richtig! — Beifall.)

*Heinrich Kramer*, Bielefeld: Genossinnen und Genossen! Der Genosse aus Hildesheim hat wohl das angeführt, was grundsätzlich zur Entnazifizierung zu sagen ist. Ich möchte nur noch auf einiges hinweisen. Genosse *Schumacher* hat gestern erklärt, wir wollten kein Instrument irgendeiner Sache sein, wir wollten eine Bewegung für die Arbeiterschaft sein. Bei der Entnazifizierung scheint es mir so, als wenn wir ein Instrument einer ausländischen Macht geworden wären. Denn es ist doch so: Wir sitzen in den Entnazifizierungsausschüssen, zerbrechen uns den Kopf, in welcher Weise wir diesen und jenen wohl lahmlegen können, der sich in den zwölf Jahren in irgendeiner Weise schlecht und schöffig gegenüber uns betragen hat, und dann erleben wir, daß der frühere Geheimrat und Reichsminister Hugenberg aus einem Internierungslager entlassen wird, obwohl ihn die deutschen Entnazifizierungsausschüsse als Kriegsvorbereiter gestempelt haben, und es besteht keine Möglichkeit, diesen Mann in den nächsten zwei Jahren vor einem deutschen Ausschuss zu belangen. So geht es nicht weiter.

Ich glaube, nicht nur die Ortsgruppe Hildesheim, sondern hundert und tausende Ortsgruppen der Partei würden diesen Antrag gestellt haben, denn die Entnazifizierung in der britischen Zone ist so trostlos, daß wir uns als Partei damit nicht belasten dürfen. Wir sitzen am Tage und am Abend bis spät in die Nachtstunden hinein, um die einzelnen kleinen Sachen der Nazis zu bearbeiten, und wenn wir dann feststellen müssen, daß Standartenführer usw. als unbelastet aus den Internierungslagern entlassen worden sind, dann müssen wir doch zu der Entscheidung kommen, daß wir in dieser Beziehung mit der englischen Militärregierung nicht mehr mitmachen können.

Im vorigen Herbst war in dem Kreis, in dem der Geheimrat Hugenberg sein Besitztum hat, folgende Situation entstanden: Wir von der Kreisverwaltung wollten eine Möglichkeit schaffen, die Flüchtlinge und Vertriebenen des Ostens auf dem sehr großen Gut, das Geheimrat Hugenberg dort besitzt, unterzubringen. Hugenberg weigerte sich, einen Teil eines Hofes abzugeben, den er in den nationalsozialistischen Jahren angekauft hatte. Daraufhin haben wir die Militärregierung angerufen, und es schien zunächst so, als wenn diese uns den Zuspruch geben wollte. Dann aber trat wieder ein Wechsel in der Kommandantur ein, und die Verfügung wurde zurückgenommen. Wir haben uns dann in öffentlicher Kreistags- und Kreisnusschusßsitzung damit befaßt, und wir haben dann die Möglichkeit gehabt, daß Geheimrat Hugenberg daraufhin, daß Leute aus England kamen und sich mit unseren Besprechungen befaßten, interniert wurde. Denn wir mußten feststellen, daß auf seinem Gut im Norden des früheren lippeschen Landes 42 seiner Freunde, Grafen und Barone so und so, gelandet waren. (Hört! Hört!)

Wir haben dann fertiggebracht, daß diese Leute von dem Gut entfernt wurden. Jetzt, nach einem halben Jahr, ist der Mann aus dem Internierungslager entlassen worden. Wir lehnen es ab, eine solche Entnazifizierung mitzumachen, denn damit können und dürfen wir uns nicht belasten. Letzten Endes ist das Entnazifizierungsproblem auch ein soziales Problem. Was haben wir für ein Interesse daran, die kleinen Nationalsozialisten zu entlarven, wenn diese Leute, die die Harzburger Front geschaffen haben, nicht herangekriegt werden können? (Beifall.)

Wenn zum Beispiel ein Betriebsführer, der während des ganzen Krieges im Auftrage des OKW seine Reisen ins Ausland zur Organisation eines bestimmten Industriebetriebes gemacht hat, nicht belastet werden kann, weil er nicht in der NSDAP gewesen ist und auch eventuell nie mit „Heil Hitler“ begrüßt hat — Genossen, was hat das zu sagen? Dafür saß aber sein Bruder in Berlin und ließ sich mit Hermann Göring photographieren. Diese Leute spielen heute wieder die erste Geige.

Im vorigen Jahr, bevor Hugenberg verhaftet war, hätten Sie mal sehen sollen, was da für Autos vorfuhren, welche Verbindungen da bestanden! Jetzt ist der gute Mann wieder entlassen. Seine erste Sorge war, daß er sich beim Landrat meldete und seinen Anspruch auf das Gut, das auf Anweisung des Security Service geräumt worden war, wieder anmeldete.

Das dürfen wir nicht zulassen. Ich glaube, die Sozialdemokratische Partei hat schon in den zwei Jahren bewiesen, daß sie gewillt ist, mit jeder der Militärregierungen auf anständige Art und Weise zusammenzuarbeiten. Aber das geht unserer Ansicht nach zu weit.

Ich bitte Euch alle, den Antrag des Genossen aus Hildesheim zu unterstützen. Denn die englische Militärregierung muß wissen, daß eine solche Entnazifizierung nicht möglich ist. Ich möchte vor allen Dingen die Genossen aus den anderen Zonen darauf aufmerksam machen, daß die Entnazifizierung in ihren Zonen etwas grundsätzlich anderes ist. Bei uns ist noch keiner bestraft worden. Wir haben Anträge gestellt, daß die Entnazifizierung wenigstens von diesen Leuten bezahlt werden sollte. Das hat uns die Militärregierung abgelehnt. Und stellt Euch mal vor, die Steuerzahler müssen in unserem kleinen Kreise — es ist ein Kreis von 125 000 Einwohnern — im Jahre mindestens 75 000 bis 80 000 Mark aufbringen, um diese Entnazifizierung durchzuführen. Ist das nicht ein Skandal? Selbst politische Verfolgte müssen heute durch ihre Steuern die Entnazifizierung für diese Leute mitbezahlen.

Wir wissen, daß es dem Parteitag heute nicht leicht wird, die Entscheidung zu fällen, ob wir unsere Genossen auffordern sollen, aus diesen Ausschüssen auszutreten oder nicht. Aber, Genossen, wer damit in der britischen Zone zu tun hat, der weiß, mit wie wenig Interesse wir heute noch an diese Aufgabe herangehen. Die englische Regierung kann uns nicht vorwerfen, wir wollten die Entnazifizierung nicht. Im Gegenteil, wir können den Engländern nur sagen: Entweder macht Eure Militärregierung etwas anderes, als Ihr anordnet, oder wir können das nicht mehr mitmachen. Deshalb bitte ich Euch, Genossen, stimmt dem Antrag 38 zu, damit wenigstens die Genossen aus der britischen Zone aus den Ausschüssen und damit aus dieser ungeheuren Belastung herausgenommen werden. (Lebhafter Beifall.)

*Jeanette Wolff, Berlin:* Genossinnen und Genossen! Ich kann die Empörung des Genossen aus der britischen Zone in bezug auf die Entnazifizierung sehr gut verstehen. Aber es ist nicht damit getan, daß wir das Kind mit dem Bade ausschütten und den anderen die Entnazifizierung überlassen, sondern der Mangel liegt auch in der britischen Zone daran, daß die Menschen, die die Entnazifizierung dort durchführen, nicht das Rückgrat haben, sich der britischen Militärregierung gegenüber durchzusetzen. (Lebhafter Widerspruch.) Das ist keine Verkennung der Tatsachen, denn ich spreche aus der Praxis, und ich habe mich bei den britischen Militärbehörden, soweit es sich um den britischen Sektor von Berlin handelt, in Entnazifizierungsfällen durchgesetzt. (Zurufe.) Es handelt sich um etwas anderes, Genossen. Es handelt sich nicht darum, daß Ihr zurücktreten müßt, sondern es handelt sich darum, daß die maßgebenden Instanzen der Partei, unsere Genossen, die der Labour-Regierung nahestehen, einmal darüber sprechen, daß jene Offiziere zurückgezogen werden, die in Eurer Zone Nazis als harmlos hinstellen. (Beifall. — Widerspruch. — Lebhaftes Zurufe.) — Ja, Genossen, es kommt doch nicht darauf an, daß Ihr dagegen schreit, sondern es kommt darauf an, daß Ihr handelt, und das ist eine Aufgabe der Partei, die zur Säuberung Deutschlands gehört. Mit dem Ablehnen allein ist es nicht getan. Auch die anderen alliierten Behörden sind am liebsten verschont von all den Klagen in bezug auf die Entnazifizierung. Aber es ist doch nicht die Sache der Engländer, der Amerikaner, der Franzosen und der Russen, Deutschland zu entnazifizieren, sondern es ist unsere Aufgabe. Darauf kommt es letzten Endes an. (Beifall. — Zurufe.) Ich weiß nicht, warum im englischen Teil Deutschlands die Kosten für die Entnazifizierung von den Steuerzahlern getragen werden müssen. (Zuruf: englische Verfügung! — Die Direktive!) Die Direktive des Entnazifizierungsgesetzes, nach der wir verfahren, bestimmt, daß die Kosten — — ja, Genossen, wenn ihr mich totschreit, damit ist es doch nicht getan; ich bin bemüht, Euch auseinanderzusetzen, wie wir eventuell zu einem Entnazifizierungsgesetz kommen können. (Klingel des Vorsitzenden.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer:* Genossin *Jeanette Wolff*, hier ist keine allgemeine Entnazifizierungsdebatte. Hier steht ein konkreter Antrag zur Diskussion, nämlich der Antrag 38, und ich bitte Dich, dich mit einigen Schlussbemerkungen zu diesem Antrag zu äußern.

*Jeanette Wolff:* Aha, gut. Ich habe das nicht gewußt, und ich bitte, das zu entschuldigen. — Ich bin der Ansicht, daß damit, daß Ihr diesen Antrag annehmt, für uns die Pflicht, uns um die Nazis zu kümmern, noch lange nicht behoben ist. Ich bin der Ansicht, daß man diesen Antrag dem Parteivorstand zur Bearbeitung übergeben sollte. (Zurufe: Nein!) Denn ich bin der Meinung, daß, wenn die Direktive 38 mit den richtigen Ausführungsbestimmungen für das ganze Reich kommt, unsere Arbeit innerhalb der Entnazifizierungsausschüsse unentbehrlich ist, zumal die Direktive 38 in ihren Ausführungsbestimmungen von den Alliierten den Passus bekommen soll, daß Juristen den Kommissionen vorgesetzt werden sollen, und wenn wir die Dinge laufen lassen, dann laufen wir Gefahr, daß wir erst einmal 85 Prozent der Richter entbräunen müssen, ehe wir sie in die Kommissionen setzen können.

Aus diesem Grunde bitte ich Euch, Genossen, überlegt Euch, ob es nicht besser ist, mit der Annahme eines solchen Antrages zu warten, bis wir das Kontrollratsgesetz Nr. 36 mit den Ausführungsbestimmungen vor uns haben, denn es ist ja unsere Sache, Deutschland zu säubern. Mit der Ablehnung der Arbeit kommen wir keinen Schritt weiter. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Für den Parteivorstand spricht die Genossin *Dr. Selbert*.

*Frau Dr. Selbert*: Genossen und Genossinnen! Lassen Sie mich bei meinen Ausführungen von einer Feststellung ausgehen: Verpaßte und verhinderte Revolutionen, in denen ein mißbrauchtes und gequältes Volk sich von seinen Feinigern befreit, können niemals im Wege der Rechtsprechung oder durch Verwaltungsakte oder wie hier durch ein besonderes Entnazifizierungsverfahren nachgeholt werden. (Sehr richtig!) Hier liegen die Grenzen des Problems und auch die Antwort darauf, daß es eine Patentlösung nicht gibt.

Der Tatbestand, von dem die Hildesheimer Genossen in ihrem Antrag ausgehen, ist der, daß Naziaktivisten in einem Internierungslager offenbar unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch britische Courts abgeurteilt, und zwar zu Unrecht entlastet bzw. zu günstig eingestuft worden sind, obwohl ihre Aktivität — das entnehme ich aus dem Antrag der Genossen — feststand.

Angesichts der Forderung der Alliierten nach Entnazifizierung und nach Ausrottung des Nazismus in Deutschland hätte man allerdings von den Alliierten erwarten können, daß sie mit größter Konsequenz, soweit sie selbst die Zuständigkeit für die Entnazifizierung für sich in Anspruch nehmen, diese Entnazifizierung durchführen oder aber in den Fällen, wo sie in Händen der Deutschen liegt, uns sekundieren, anstatt uns Schwierigkeiten zu machen. Wir haben erlebt, daß gerade in den Verwaltungsstellen der Militärregierungen alte Kämpfer und Pgs. aus den Jahren 1930 und 1932 von Anfang an saßen, ohne daß man bei ihnen nach dem Fragebogen fragte, während bei uns die sogenannten Treppenläufer, wie sie der Genosse vorher genannt hatte, die kleinen 37er Pgs., die in die Partei hineingezwungen waren, nur deshalb, weil sie eine kleine Funktion in der NSV hatten, herausgetan werden mußten.

Bei dieser Gelegenheit nur eins über die Spruchpraxis der deutschen Stellen. (Zuruf: Zum Antrag) — Ja, das ist zum Antrag (Zuruf: Aber nicht mehr als von der Genossin *Wolff*).

Ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, um unseren deutschen Stellen die Anerkennung auszusprechen, die sie zu einem großen Teil angesichts ihrer aufopfernden und mühevollen Arbeit für eine glatte Durchführung des Verfahrens verdienen. Das hindert nicht, auch Kritik zu üben. Denn wir haben ja auch vieles erlobt, was nicht richtig ist. Aber, Genossen, ich will hier nicht auf die Mißstände im einzelnen eingehen. Vielleicht ließe sich dieser ganze Fragekomplex einmal in einer besonderen Konferenz besser erörtern als heute an dieser Stelle, und vielleicht können wir uns dann mit diesen Dingen noch etwas intensiver beschäftigen.

Man soll sich gerade in der Politik — und das ist etwas zum Antrag selbst — davor hüten, immer die letzte Alternative zu stellen, zumal es sich hier um Fälle handelt, die Gegenstand einer Kritik an der Besatzungsmacht sind und nicht an deutschen Stellen. Ich bin der Ansicht, daß wir diese Mißstände mit offenen Augen sehen sollen. Die Genossin *Wolff* hat schon sehr richtig gesagt, wir müßten von den Alliierten mehr verlangen. Wir müssen, wenn die Denazifizierung schon eine deutsche Angelegenheit sein soll, verlangen, daß sie auch ausschließlich in die Hände deutscher Stellen gelegt wird. Ich verweise Sie auf die Richtlinien, die wir in unserem Ausschuß ausgearbeitet haben, wonach die Denazifizierung eine deutsche Aufgabe ist.

Genossen, ich halte es für verkehrt, von einer allgemeinen Krisis zu sprechen. So weit geht es nicht. Wir haben zwar Mißstände bei deutschen und noch vielmehr bei den ausländischen Stellen, aber ich halte es bei der Bedeutung des Problems

für falsch, jetzt in die Resignation zu gehen und zu sagen: wir machen nicht mehr mit. Dieser Zeitpunkt ist heute noch nicht gekommen. Vergessen wir nicht, daß dieses Problem ein hohes politisches Problem ist, das an den Grundfesten unseres Volkes rüttelt. Es handelt sich um Tausende von Menschen, die einmal wieder ins politische Leben zurückgeführt werden müssen.

Genossen und Genossinnen, auch wir in der USA-Zone haben keine Patentlösung gefunden, und das Befreiungsgesetz ist keineswegs der Weisheit letzter Schluß. Ich darf Ihnen aber einige Ziffern nennen, um Ihnen zu zeigen, wo die Sonde der Kritik anzusetzen ist:

Aufspaltung der Nazis, Herausgreifen und Eliminieren der wirklichen Verbrecher, und dann im übrigen ein beschleunigtes Verfahren für die große Zahl der kleinen Pgs., eine Beschleunigung, wie wir sie bereits auf dem vorigen Parteitag in Hannover verlangt haben. Wir haben in Hessen etwa 800 000 Betroffene; von diesen 800 000 fallen allein 500 000 unter die Jugend- und Weihnachtsamnestie, soweit sie nicht Übeltäter und Nazi-verbrecher sind. Die übrigen 300 000 werden zu einem großen Teil im beschleunigten Verfahren abgeurteilt bzw. es wird über sie durch Sühnebescheid entschieden. Wir werden damit rechnen können, daß wir in etwa einem Jahr in der USA-Zone mit den Dingen fertig sind.

Sorgen Sie in der britischen Zone dafür, daß die Entnazifizierung dort gleichfalls in die Hände der Deutschen gelegt wird. Wir haben in der USA-Zone drei politische Minister, die letzten Endes sogar das Kassationsrecht haben, durch das sie in allen Fällen, wo wir mit Recht Kritik an der Spruchpraxis der Spruchkammern üben, die Sprüche wieder aufheben und regulieren können.

Vergessen Sie nicht, daß wir uns dieser Aufgabe nicht entziehen können. Wir sind es unseren Toten und den Opfern des verbrecherischen Regimes schuldig, mit dafür zu sorgen, daß die wirklichen Verbrecher erfaßt und nach dem Prinzip der Gerechtigkeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Das ist ein Stück moralische Reparation. Das ist ein Akt von außenpolitischer Wichtigkeit, eine Notwendigkeit, um auch auf diesem Wege Deutschland wieder ehrbar zu machen. Er soll der Sühne der Nazi-verbrecher (Glocke), der innerdeutschen Wiedergutmachung und der Sicherung der Demokratie dienen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können.

Ich habe Verständnis für die Sorgen der Genossen, die hier gesprochen haben und die meinen, der Höhepunkt der Krise sei erreicht. Ich bin nicht der gleichen Meinung. Wir sollten alles daransetzen, um die bestehenden Mißstände abzustellen und uns an den entsprechenden Stellen einzuschalten. (Zurufe: Unruhe.) Ich bin ferner der Meinung, Genossen, daß wir den Antrag heute nicht zur Abstimmung bringen, ihn vielmehr bei einer späteren Beratung maßgeblicher Genossen, die bei der Denazifizierung mitarbeiten, noch einmal erörtern und schlage Ihnen im Auftrag des Parteivorstandes vor, ihn zunächst an den Ausschuß für Entnazifizierungsfragen zu überweisen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Wir haben diesen Antrag hier zur Diskussion gestellt, um vor der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie kritisch die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zu den bisherigen Methoden der Entnazifizierung ist. Ich glaube, dafür haben die Diskussionsredner deutliche Beweise gegeben. Ich möchte aber jetzt den Parteitag bitten, in bezug auf diese Frage keine Entscheidung zu fällen, die ein sehr schwieriges Problem durch eine schematische Generalregelung zu lösen versucht. (Sehr gut!) Die Annahme dieses Antrages wäre keine Lösung. Die Dinge liegen erstens in den einzelnen Zonen verschieden, und zweitens lassen sich auch Einzelfälle nicht zur Grundlage einer politischen Entscheidung von der Bedeutung machen, wie sie hier in diesem Antrag verlangt wird. Ich bitte den Parteitag dringend, dem Vorschlag des Parteivorstandes und Partelausschusses zu folgen und diesen Antrag zur weiteren Beratung und zur Nachprüfung der hier genannten Einzelfälle dem Entnazifizierungsausschuß beim Parteivorstand zu überweisen. (Zurufe: Nein!) Das ist der Antrag, über den diskutiert worden ist. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer

für den Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses ist, den Antrag zu überweisen, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war zweifellos die Mehrheit. (Widerspruch.) Genossen, wird die Abstimmung ernsthaft angezweifelt? (Zurufe: Nein, das kann nicht sein!)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen-Nr. 39 bis 41. Alle drei Anträge beschäftigen sich mit der Frage der Kriegsgefangenen. Ich glaube, über die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Kriegsgefangenenproblem und über die Aktivität der Partei in der Frage der beschleunigten Entlassung der Kriegsgefangenen gibt es hier und in der Öffentlichkeit keine Unklarheit. Trotzdem empfiehlt der Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuß bei der großen politischen und menschlichen Bedeutung dieses Problems, von den drei Anträgen, die zu dieser Frage hier vorliegen, den Antrag Nr. 40 anzunehmen, um noch einmal zum Ausdruck zu bringen, daß die Sozialdemokratische Partei alle Anstrengungen machen wird, um unsere Kriegsgefangenen so schnell wie möglich in die Heimat zurückzuführen. Ich meine, daß eine Diskussion über diese Frage hier in diesem Parteitag nicht mehr nötig ist. Wenn der Parteitag diese Auffassung teilt, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß der Antrag Nr. 40 angenommen wird und dadurch die Anträge Nr. 39 und 41 erledigt sind, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen!

Genossen! Wir kommen dann zu den Anträgen Nr. 13 in der Vorlage Nr. 4 und Nr. 55 in der Vorlage Nr. 15. Wir möchten jetzt, wenn möglich, eine längere Statutenberatung vermeiden. Ich möchte deshalb zunächst die Stellungnahme des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu diesen beiden Anträgen bekanntgeben. Wir verstehen die Tendenz des Antrages des Bezirks Schleswig-Holstein sehr gut. Wir haben es erlebt, daß in der gegenwärtigen Übergangszeit die in unserem Organisationsstatut festgelegten Bestimmungen über das Ausschlußverfahren gegen ein Mitglied außerordentlich schwerfällig sind und daß sie uns oft in Fällen einer dringenden örtlichen oder kreislichen Gefahr daran hindern, Schädlinge der Organisation schnell ihrer Funktionen zu entheben und sie aus der Partei zu entfernen. Der Antrag Schleswig-Holsteins versucht, hier eine Regelung durchzuführen, die, auf der einen Seite der Organisation in den unteren Einheiten die Möglichkeit gibt, schneller als bisher zu handeln, aber auch auf der anderen Seite jedes Mitglied in der Partei das Recht erhält, in einem Verfahren gegen sich alle seine Ansprüche geltend zu machen. Wir sind der Auffassung, daß wir nur ein Ausschlußverfahren akzeptieren können, das diesem demokratischen Grundprinzip gegenüber jedem Mitglied der Partei gerecht wird. Parteivorstand und Parteiausschuß sind der Auffassung, daß die jetzt von Schleswig-Holstein vorgeschlagene Fassung des § 28 — nicht „25“, wie es in dem Antrag der Schleswig-Holsteiner Genossen heißt — beiden Bedürfnissen Rechnung trägt. Wir sind deshalb damit einverstanden, daß der Antrag Nr. 13 und der formal dazu notwendige Antrag Nr. 55 angenommen werden. Der Antrag Nr. 55 ist notwendig, weil in der Schilderung des Organisationsaufbaues in diesem Teile des Statuts die Kreisvereine, die in dem Ausschlußparagrafen genannt werden, nicht als Organisationseinheit erwähnt werden. Ich frage den Parteitag, ob er nach dieser Erklärung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Diskussion über diese beiden Anträge wünscht. (Zurufe: Nein!) Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für Annahme des Antrags Nr. 13 und des Antrags Nr. 55 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Diese Statutenänderung ist einstimmig beschlossen worden.

Dann, Genossen, liegt der Antrag Nr. 51 in der Vorlage Nr. 11 vor. Zu diesem Antrag hat der Genosse Baur, Augsburg, das Wort gewünscht.

Valentin Baur, Augsburg: Genossinnen und Genossen! Ein Redner hat gestern bei der Debatte über den verfassungsrechtlichen Aufbau der deutschen Republik zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, den Krieg auch zu beenden. Ich darf dazu ein paar Bemerkungen machen. Erinnern wir uns, daß wir nach dem ersten

Weltkrieg Propaganda mit der Losung „Nie wieder Krieg“ betrieben haben. Ich erinnere daran, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine Broschüre herausgab in sechs Sprachen der Welt, mit Bildern, die Friedrich Friedrichs aus dem ersten Weltkrieg gesammelt hat, und erinnern wir uns daran, daß wenige Monate später die Propaganda der Militaristen und Nationalisten wieder einsetzte in der Praxis der damals organisierten Regimentsfeiern. Erinnern wir uns daran, daß unendlich viele deutsche Männer auf diese Propaganda hereingefallen sind, die dann zu den Formationen des Stahlhelms, der SA, SS usw. geführt haben, die erste Etappe der geheimen Aufrüstung. Erinnern wir uns an die Reden des „berühmten“ Generals Gröner, der zum Ausdruck gebracht hat, daß die Pazifisten und Sozialisten ihren inneren Schweinehund, nämlich die Feigheit, noch nicht überwunden hätten, und wir wissen, welcher Gewissenszwang und welche Ächtung von dieser Parole ausgegangen ist, wo sich die Propaganda auf jedes Café erstreckte und die Menschen gezwungen waren aufzustehen, sobald die verschiedenen nationalistischen Melodien ertönten. Erinnern wir uns an alles das, und vergessen wir dabei nicht, festzustellen, das wir dadurch in die Verteidigung gedrängt worden sind und es zum zweiten Weltkrieg kommen konnte.

Ich stehe daher auf dem Standpunkt, daß es nicht genügt, nur eine Parole „Nie wieder Krieg“ herauszugeben, sondern daß es wichtig ist, eine aktive Bewegung dagegen zu organisieren. Daher ist der Antrag gestellt worden.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es ist notwendig, Gelegenheiten zu schaffen, wo wir den Nationalisten sagen, nicht der Pazifist und Sozialist hat seinen inneren Schweinehund, die Feigheit, noch nicht überwunden, sondern der Militarist und Nationalist hat seinen inneren Schweinehund, nämlich die Bestie, noch nicht überwunden. Wir müssen alle Menschen dazu auffordern, in einer regelmäßig jährlich wiederkehrenden Veranstaltung größten Stiles zum Ausdruck zu bringen, daß sie tatsächlich Gegner des Krieges geworden sind. Dadurch wird es der deutschen Sozialdemokratie gelingen, die Menschen ein für allemal von dem Wahn des Krieges und des Militarismus abzubringen.

Vergessen wir nicht und nehmen wir diese Sache nicht leichtfertig hin, daß wir ein Volk sind, das nahezu hundert Jahre in der Tradition des Volksheeres erzogen wurde, und daß der Stolz des Vaters, Soldat gewesen zu sein, sich auf den Sohn vererbt hat.

Organisieren wir daher durch Annahme dieses Antrages in Deutschland eine Ächtung des Krieges, eine Gelegenheit, jährlich die Menschen aufzufordern, dem Kriege jedes Mittel der Ablehnung und des Kampfes entgegenzustellen. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, eine weitere Begründung dieses Antrages ist in diesem Kreise nicht notwendig. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen einige Stimmen angenommen.

Genossen! Wir kommen dann zum Antrag 53 in der Vorlage Nr. 13. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, diesen Antrag als Empfehlung anzunehmen. Ich glaube, die Genossen, die von früheren Parteitagen die Diskussion über diese Frage kennen, werden verstehen, wenn ich diesen Antrag nur als Empfehlung bewertet sehen möchte. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir diesen Antrag als Empfehlung annehmen? Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist so beschlossen.

Genossen! Jetzt kommt der Antrag 54 in der Vorlage Nr. 14, Antrag *Dinnebacke* und Genossen. Ich möchte dazu folgendes mitteilen: Dieser Antrag in der Ihnen vorliegenden Formulierung ist Gegenstand von Unterhaltungen zwischen den Antragstellern und gewerkschaftlich organisierten und aktiv tätigen Genossen auf dem Parteitag gewesen. Die Antragsteller und die sozialdemokratischen Gewerkschafter auf diesem Parteitag schlagen vor, den Antrag nicht in der vorliegenden Fassung, sondern in der folgenden neuen Fassung anzunehmen:

Der Vorstand wird ersucht, eine Studienkommission einzusetzen mit der Aufgabe, die grundsätzliche und taktische Stellung der Partei zu den Gewerkschaften zu klären.

Wird zu diesem abgeänderten Antrag das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für Annahme dieses abgeänderten Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Genossen! Dann liegt noch der Antrag 56 in der Vorlage Nr. 16 vor:

Der Parteitag möge beschließen, das Material zum Parteitag muß mindestens vier Wochen vor Statifinden des Parteitages in den Händen der Delegierten sein.

Über die sachliche Berechtigung dieses Antrages brauchen wir überhaupt nicht zu reden. Aber ich benutze die Einbringung dieses Antrages doch zu einer Information. Ich glaube, es sind sich nicht alle Genossen, die diesen Antrag gestellt haben, völlig darüber klar, welches technisch ungeheuer schwierige Problem es ist, eine Fülle von solchen Vorlagen, wie wir sie den Delegierten vorgelegt haben, einschließlich des Jahresberichtes, bei dem heutigen Mangel an Papier rechtzeitig fertigzustellen. Dazu kommt zweitens: Wir wären in der Lage gewesen, etwa zehn Tage vor dem Parteitag jedem Delegierten das Material, wie wir es hier in Nürnberg bei der Ankunft ausgegeben haben, zuzuschicken. Aber unsere Erfahrungen mit den Postverbindungen, vor allen Dingen über die Zonengrenzen hinweg, sind so schlecht, daß wir es nicht für richtig gehalten haben, das Risiko zu laufen, daß die Hälfte unserer Delegierten des Parteitages das Material dann überhaupt nicht rechtzeitig erhält. Ich glaube, alle, die in der praktischen Arbeit stehen, werden zugeben, daß das unter den heutigen Bedingungen ein durchschlagendes Argument ist.

Wir haben nichts dagegen, daß der Antrag angenommen wird, aber mit der Maßgabe, daß wir ihn je nach den Umständen durchführen, die im nächsten Jahre vor dem Parteitag 1948 bestehen (Zuruf; Und nach den Möglichkeiten!), und nach den Möglichkeiten. Ist der Parteitag damit einverstanden? — Dann ist der Antrag mit der Erklärung angenommen.

Nach meiner Übersicht über die Anträge bleibt jetzt nur noch der Antrag 42 in der Vorlage Nr. 4 übrig, Antrag des Ortsvereins Düsseldorf, den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.

Genossen! Ich möchte vorschlagen, daß wir uns in dieser Stunde nicht durch Parteitagsbeschluß darauf festlegen, wo wir den nächsten Parteitag abhalten, sondern daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand als Material bei seiner Beschlußfassung über den Ort des nächsten Parteitages überweisen. Besteht damit Übereinstimmung? (Zustimmung.) Das ist so beschlossen.

Soweit wir es hier im Präsidium übersehen, sind jetzt alle Anträge, die verteilt worden sind, erledigt. Der Parteitag ist der gleichen Auffassung? — Das ist der Fall.

Dann möchte ich jetzt zunächst dem Genossen Paul Löbe das Wort geben.

Paul Löbe, Berlin (mit lebhaftem Beifall empfangen): Erlaubt mir, liebe Gesinnungsfreunde, am Schluß der Beratungen einige Worte an Euch zu richten, nicht im Auftrage, aber im Geiste der sogenannten Alten, die hier manchmal hart angefaßt wurden. (Heiterkeit.) In wenigen von Euch werden die Gefühle mitschwingen, die diejenigen hegen, die vor einem halben Jahrhundert vor dem Grabmal Ferdinand Lassalles standen und lasen: Hier ruht, was sterblich war von Ferdinand Lassalle, „dem Denker und Kämpfer“, die vor einem halben Jahrhundert auf Parteitagen zu Füßen von Bebel und Liebknecht, von Ignaz Auer und Singer, von Vollmar und Grillberger saßen und denen es dann vergönnt war, die lange Zeit zu überleben, in der die anderen glaubten, daß unser Kreis in Gefängnissen und Bombenkellern begraben werden könnte. Jetzt atmen wir wieder das Fluidum dieses Parteitages. Wir sehen vor uns die alte Gestalt unseres Genossen

de Brouckère (Beifall), der nach und nach zu einem Vater der Internationale herangewachsen ist, nachdem neben ihm so viele dahinsanken, die in unserer Erinnerung leben: Branting aus Schweden, Stauning und Borgberg aus Dänemark, van Kol und Troelstra aus Holland, Mac Donald, Henderson und Tom Shaw aus England, Jaurès und Jules Guesde aus Frankreich, Vandervelde aus Belgien, Pablo Iglesias aus Madrid, Treves und Turati aus Spanien, Hermann Greulich von der Schweiz, Adler und Pernerstorfer aus Österreich, Garami aus Ungarn, Sakasoff aus Bulgarien, Rakowski aus Rumänien, Ludwig Czech und Tomaszek aus Prag, Limanowski, Daszinski und Diamand aus Polen; Lenin und Trotzki, die unter uns saßen, aber auch Plechanoff, Martow und Axelrod aus Rußland, Tanner aus Finnland, Kalnin aus Lettland. Ich glaube, mancher ist nicht weniger überrascht gewesen als ich, als wir in diesen Tagen in den Zeitungen lasen, daß der junge japanische Student Katayama, der vor vierzig Jahren seine ersten Briefe an uns richtete in der Zeit, als das japanische Proletariat noch im tiefen Schummer lag, heute mit der Regierungsbildung von Japan beauftragt worden ist.

Wir sehen auf diesen Bänken unseren Genossen Grumbach, den quecksilbrigen (Beifall und Heiterkeit), unter dessen sprudelnder, uns alle entzückender Redekunst doch so viel Zähigkeit und Geduld liegt, daß er immer wieder dem Werke der französisch-deutschen Verständigung zusammen mit Léon Blum seine Tatkraft lieh, und er das ihm zweimal aus der Hand geschlagene Werk wieder aufnahm, um es zum Erfolg zu führen. Ich sehe Buchinger aus Ungarn, den ich schon 1907 im Gefängnis in Weizten besuchte, der damals schon ein alter Kampfgefährte war. Ich sehe Reeves von der Labour Party, die heute an der Spitze schrollt, unsere Genossen aus Skandinavien, die in ihrer Person förmlich die Stetigkeit ihrer Politik verkörpern, die Freunde aus Österreich und Italien. Ich kann sie nicht alle aufzählen.

Als nun am Montag hier die Weisen der Internationale erklangen, nicht zögernd und zaghaft, sondern mit Wucht und Inbrunst, da werden auch sie gefühlt haben, die deutschen Sozialdemokraten sind zu keiner Zeit in ihrem Herzen der Internationale untreu geworden. (Starker Beifall.) Auch nicht in den zwölf Jahren der Macht, als wir mit gesenktem Kopf am Abgrund schritten, am Abgrund, in den so viele der unsrigen hineingestoßen wurden, und wo die Freunde von draußen uns nur durch die Lücken eines hohen Zaunes erblickten und die helfende Hand nicht reichen konnten. Nun können wir es wieder laut betonen, daß wir uns zu Euch bekennen und daß wir wieder eine imponierende sozialdemokratische Organisation in unserem Lande aufgebaut haben. (Beifall.) Vor uns her schreitet ein Primus inter pares, von den Narben des Krieges bedeckt, von der Tyrannei der Verfolger gebeugt, aber von hinreißendem Feuergeist, der in schmetternder Rede seinen Ruf an die Mühseligen und Beladenen richtet.

Mit Genugtuung sehen wir, wie jene ersten Sendboten der sozialistischen Arbeiterjugend, die einst in die Geschäftszimmer der Lindenstraße eintraten, gewachsen und gereift, heute die Geschäfte der Partei als Vorstandsmitglieder führen können, bis zu Herta Gotthelf, die das Erbe von Klara Zetkin, Luise Zietz, von Marie Juchacz verwaltet, verwaltet mit jugendlicher Munterkeit. (Beifall.)

Wenn wir das miterleben durften, dann fühlen wir, das Kleinod, das wir bewachten, ist in guter Hand. Wenn einer nach dem anderen von uns den Spaten niederlegt, er weiß und fühlt, dieses Kleinod der Menschenliebe, der gegenseitigen Hilfe, dieses Ideal des Friedens und der Freiheit wird auch in Zukunft in Deutschland behütet sein. Wir danken Euch dafür, und wir richten ein Wort an die Genossen, die heute nicht bei uns sein konnten, weil fremde Macht sie daran gehindert hat. Wir sagen ihnen, noch immer gilt das Wort Ferdinand Freiligraths, das in der Vergangenheit galt und in der Zukunft gelten wird:

Auch wenn man Euch mit Kerker und Ketten bedroht: sie töten den Geist nicht, Ihr Brüder! Eines Tages werdet Ihr wieder bei uns sitzen und werdet mit uns einstimmen in den Chor: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Erich Ollenhauer: Das Wort hat jetzt Genosse Dr. Kurt Schumacher.

Dr. Kurt Schumacher, Hannover (mit starkem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand dankt dem Parteitag für die Wahl. Was ist der Sinn und was ist das Ergebnis des Nürnberger Parteitages? Wir haben gewollt, und, ich glaube, wir haben es wenigstens zum Teil erreicht, die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk sind näher an die Welt gekommen. (Beifall.) Wir sind den Genossen aus den anderen Ländern dankbar, daß sie uns dabei so hilfreich zur Seite gestanden haben. (Beifall.) Wir sehen in Ihrer Haltung die Einleitung eines großen notwendigen geschichtlichen Prozesses, daß die Welt beginnt, sich aus den Zwangsvorstellungen, den Psychosen, den geistigen Epidemien, die das Dritte Reich erzeugt hat, zu lösen. (Beifall.) Man kann auf die Dauer erfolgreich keine Politik des bloßen Antis treiben, man muß für eine Politik des Pro sein. (Beifall.) Und ein solches positives Verhältnis zwischen den anderen und uns ist in Nürnberg hergestellt worden. Das ist das erste Ergebnis dieses Parteitages.

Das zweite Ergebnis geht, ökonomisch gesprochen, um die Herstellung einer neuen Kaufkraft, d. h. Lebenskraft des deutschen Volkes auf allen inneren und äußeren Märkten. Mit dieser Kaufkraft steht und fällt nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Gesundung Europas. Und der Sozialismus ist die Form, die zusammen mit der Demokratie und untrennbar verbunden und verflochten mit der Demokratie das Gesicht eines neuen Europa formen muß.

Diese Gesinnung demokratischer Sozialisten ist der Geist der Humanität. In Deutschland hat vor kurzer Zeit die neu erstehende Rechtspartei, der ich durch diese Erwähnung keine besondere Würdigung zuteil werden lassen möchte, erklärt, das Weltbild des Humanismus ist endgültig zerschlagen. (Sehr richtig!) Die große amerikanische Initiative und der Geist der europäischen, der internationalen Sozialisten und der Geist aller Menschen der Welt, die mitdenken und mitfühlen und darum mitleiden, sind ein Zeugnis für die Tatsache, daß der Humanismus die Idee der Zukunft ist. (Lebhafter Beifall.)

Große Ideen werden nicht kampfflos durchgesetzt, und die Diktatoren, die Ausbeuter und alle, die von den Schwächen und Torheiten ihrer Mitmenschen leben, sind in der Anwendung ihrer politischen Kampfmittel gegen eine Partei wie die Sozialdemokratische Partei nicht gerade sehr wählerisch. Das kann uns aber in keinem Stadium der Dinge erschrecken. Wir wissen, es ist der immanente Bestandteil aller Gewaltpolitik, die jede Hemmung und Sicherung ausschaltet, hier darauf zu spekulieren, daß der Gegner, in diesem Falle die deutschen Sozialdemokraten, anständiger sein wird als sie selbst. Wir deutschen Sozialdemokraten und alle internationalen Sozialisten können uns niemals auf das Niveau der Gegner herabgeben und mit ihren Mitteln kämpfen. Sonst wären wir keine Sozialisten mehr. (Zustimmung.) Aber wir lassen uns nicht täuschen. Wir sehen nicht als ein Florett an, was in Wahrheit eine Mistgabel ist. (Zustimmung, Beifall und Heiterkeit.) Und wir werden in einem Punkt unbarmherzig sein, in der Enthüllung der Methoden, der Qualitäten und der Hintergründe der Politik unserer Feinde. (Zustimmung.)

Nun, wer te Genossinnen und Genossen, haben wir ja eine große Verantwortung in der Mitgestaltung des Charakters unserer Partei. Wir haben auch schon auf diesem Parteitag über die Soziologie der Sozialdemokratischen Partei debattiert, und die Punkte, die erwähnt wurden, waren: Erweiterung der Klassengrenzen, der klassenmäßigen Zugehörigkeit von Industriekreisen mit Intellektuellen, Mittelständlern und Bauern, und der andere Punkt war das Kapitel des Verhältnisses der Generationen zueinander. Aber, Genossinnen und Genossen, ich habe den Eindruck, als ob der Beifall zwar an der richtigen Stelle gekommen ist, aber als ob nicht alle Beifallspender gemerkt haben, welcher Auffassung sie den Beifall gezollt haben. (Zustimmung.) Wir wollen doch die Politik der Partei und den Charakter der Partei, einer Partei mit altem Namen als einer Partei mit neuem Gesicht, aber zum neuen Gesicht Formung und nicht Schminke und Puder. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Darum laßt mich noch auf ein drittes Problem in der Partei zu sprechen kommen. Wir haben die sozialdemokratischen Flüchtlinge aus dem Osten. Wir müssen sie in ihrer Geltung innerhalb der Partei ganz anders anerkennen, als es bisher der Fall gewesen ist. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Ganze Landsmannschaften aus Pommern und Schlesien haben ein sozialdemokratisches Leben schon in anderen Gebieten gehabt, und sie haben es nicht nötig, sich hier von der Pike auf zu bewähren, sie sind schon bewährt. (Lebhafter Beifall.) Am stärksten gilt das von unseren sudetendeutschen Genossen, die in einem anderen Staatswesen mit einer anderen Geschichte unter anderen Voraussetzungen sich bewährt haben. Sie in uns aufzunehmen und am stärksten zum lebendigen Bestandteil der Partei werden zu lassen, das ist die Aufgabe der alteingesessenen Genossinnen und Genossen in diesen westlichen Zonen. (Beifall.)

Ich rede keinem prozentualen Verteilungsschlüssel das Wort, aber das muß sich stärker ausdrücken als bisher in den Positionen und in den Mandaten zu den Parlamenten der Länder. Ich weiß, es war der alte Georg Ledebour, der einmal ironisch gesagt hat: „Wählen und gewählt zu werden, ist das höchste Glück auf Erden.“ (Heiterkeit.) Aber der Wahlaht ist ja nicht ein technischer Vorgang der Demokratie, sondern ein elementarer Ausbruch des Vertrauens. (Sehr gut!) Wenn die Sozialdemokraten und die zur Sozialdemokratie neigenden Massen der Vertriebenen in dieser Partei nicht ihre menschliche, ihre gesellschaftliche, ihre politische Heimat finden, dann ist ein großer Teil unseres Kampfes vergebens. Ihr seid verpflichtet, den Genossinnen und Genossen Vertrauen zu schenken. Wir kämpfen um das Vertrauen der internationalen Sozialisten und um das Vertrauen der Welt. Und was ist Nürnberg? Nürnberg ist eine große Schlacht im Kampf um das Vertrauen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ich habe nach den Reden unserer beiden Genossen *Paul Löbe* und *Kurt Schumacher* nur noch eine Pflicht zu erfüllen, und zwar eine Pflicht, die uns sicher allen gemeinsam am Herzen liegt, nämlich allen denen, die dazu mitgeholfen haben, daß dieser Parteitag in seiner organisatorischen Durchführung, in der Versorgung seiner Teilnehmer so vorzüglich klappen konnte, den herzlichsten Dank des gesamten Parteitages auszusprechen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Dank gilt für die Stadt Nürnberg und alle ihre Dezernate (Beifall), ohne deren aktive Mithilfe die Organisation dieser Veranstaltung nicht möglich gewesen wäre. Dieser Dank gilt unserer Nürnberger Parteilorganisation (Beifall), unseren Quartiergebern (Beifall), den Genossen, die dazu beigetragen haben, daß wir in diesen Tagen nicht zu hungern brauchten (Beifall), und, ich weiß es aus den Tagen der Vorbereitung, den Hunderten von namenlosen Nürnberger Funktionären, die seit einer Woche kaum eine Nacht normal schlafen konnten, weil der Dienst für diesen Parteitag sie bis zum letzten beanspruchte. (Lebhafter Beifall.) All den Organisationen, den Helfern und Funktionären, die mitgewirkt haben, möge der beste Lohn für ihre Leistung der Gedanke sein, daß ohne ihre Hilfe der erfolgreiche Verlauf dieses Parteitages niemals möglich gewesen wäre. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte auch ein Wort des herzlichsten Dankes an unsere internationalen Gäste sagen. (Starker Beifall.) Vielleicht haben sie nicht voll ermaßen können, was es für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet, daß sie so zahlreich zu unserem Parteitag gekommen sind. Wir danken ihnen dafür, wir danken ihnen vor allen Dingen dafür, daß sie mit einem so lebhaften Interesse unseren Verhandlungen gefolgt sind. Wir hoffen, daß ihre Teilnahme an diesem Parteitag der Beginn der alten freundschaftlichen und engen Beziehungen zwischen allen sozialdemokratischen Parteien und der deutschen Sozialdemokratie sein möge. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Schließlich ein Wort des Dankes an Euch, die als Delegierte an diesem Parteitage teilgenommen haben. Es ist viel an physischer Leistung von Euch verlangt worden. Wenn wir trotzdem dieses umfangreiche Arbeitsprogramm in sachlicher Diskussion und in großer Geschlossenheit jetzt zu Ende

gebracht haben, dann danken wir es der Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen, die Delegierte dieses Parteitages waren.

Ich erinnere an eine Bemerkung in meiner Eröffnungsrede, als ich davon sprach, das Ausland soll nicht immer suchen, wo in Deutschland demokratische Kräfte leben. Ich habe auf die deutsche Sozialdemokratie hingewiesen. Abgesehen von unserer organisatorischen und politischen Arbeit, die wir draußen leisten, ist die Art und Weise, wie dieses große Parlament täglich gearbeitet hat, Tage und Nächte, ein glänzender Beweis dafür, daß in dieser Sozialdemokratie die Demokratie nicht nur eine prinzipielle Angelegenheit ist, sondern daß wir in der Lage sind, im demokratischen Geiste frei zu diskutieren und frei zu entscheiden über jedes Problem, das uns gestellt wird. Insofern war, abgesehen von den politischen Beschlüssen dieses Parteitages, die Art der Arbeit dieses Parteitages ein Beweis für die Stärke der demokratischen Kräfte, die in der Partei leben.

Genossen und Genossinnen! Ich möchte nichts den Worten hinzufügen, die *Paul Löbe* und *Kurt Schumacher* über den Sinn und die Bedeutung dieses Parteitages gesagt haben. Wir haben hier alle für unsere Arbeit draußen neues geistiges Rüstzeug gewonnen. Und, Genossen, ich glaube, wir haben auch alle die notwendige innere Kräftigung gewonnen in diesen Tagen, die uns befähigen werden, nicht nur mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, mit denen wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen müssen, sondern auch die Kraft zu gewinnen, trotz aller Schwierigkeiten auf den Trümmern des Deutschlands von heute die neue demokratische und soziale Ordnung eines sozialistischen Deutschlands zu bauen. Laßt uns hinausgehen an die Arbeit, in den Kampf, laßt uns wirken und werben unter der alten und immer wieder neuen Kampfparole der Sozialdemokratie: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“ (Starker Beifall.)

(Es folgt der gemeinsame Gesang „Auf Sozialisten, schließt die Reihen“.)

Der Parteitag ist beendet.

(Schluß der Sitzung 12.35 Uhr.)

## Begrüßungsschreiben und Telegramme

Prag: Sozialdemokratische Partei Tschechoslowakei; Pretoria: Georg Dewald; New York: Siegfried Aufhäuser und Frau; Zürich: Sozialdemokratische Partei Schweiz; New York: Reinhold Niebuhr; München: Sozialdemokratische Partei Georgiens; Schleswig: Kreis- und Ortsverein der SPD; New York: Norman Thomas und Harry Fleischmann; Braubach am Rhein: Ortsverein der SPD; La Paz: Gruppe deutscher Sozialdemokraten in Bolivien; New York: Irving Brown, AFOL; Helsingfors: Sozialdemokratische Partei Finnlands; Stockholm: Auslandsvertretung der Sozialdemokraten in Lettland; Ottawa: David Lewis; ferner ging ein Begrüßungsschreiben der Vertreter der „Ukrainischen Sozialistischen Partei aus dem ehemaligen Polen“ ein.